



Presseschau vom 22.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

kprf.ru: In der letzten Zeit wurden gleich 24 Ortschaften der DVR und der LVR von Seiten der ukrainischen Truppen beschossen. Auf das Territorium der DVR und der LVR wurden mehr als 1500 Geschosse verschiedener Art abgefeuert. Die Städte und Dörfer des Donbass werden mit Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm beschossen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Im Lauf der Beschießungen haben die ukrainischen Kämpfer Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt haben sie das Regime der Feueereinstellung 52 mal verletzt.

Wie das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko gegenüber Journalisten erklärte, können die weiteren Akte der Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen die Situation in der Region untergraben und zum Beginn großflächiger Kämpfe führen. Nach seinen Worten läuft die Vorbereitung der ukrainischen Truppen auf den Angriff bereits. So wurde das Gebiet von Debalzewo auf Swetlodarsker Bogen beschossen.

„Durch die Schuld der ukrainischen Seite, die die Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen grob verletzt, verschlechtert sich die Situation im Donbass weiter, was zu einem großen Krieg in der Region führen kann“, meint der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats des SKP-KPSS, der Sekretär des ZK der KPRF, das Mitglied des Komitees der Staatsduma der RF für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen zu Landsleuten K. K. Tajsajew. „Dabei werden beim Beschuss des Territoriums der Volksrepubliken zur Feuerleitung von den Minsker Vereinbarungen verbotene Drohnen verwendet. Eine von ihnen wurde am nördlichen Rand von Donezk abgeschossen.“

In Folge des Artilleriebeschusses wurde im Kiewskij-Bezirk der Stadt durch direkte Treffer von Geschossen aus Mehrfachraketenwerfern „Grad“ die Donezker Restaurant- und Handelsfachscheule beschädigt sowie in der Nähe liegende Wohnhäuser, ein Apothekenkiosk, eine Bushaltestelle und einige Verkaufspavillons.

Die Wiederaufnahme des Beschusses von Wohngebieten der Stadt, wo es keinerlei Truppenteile noch Einheiten, sondern nur friedliche Stadtteile, Schulen und Objekte der Kommunalwirtschaft gibt, mit schwerer Artillerie zeigt ein weiteres Mal, dass Kiew zielgerichtet Donezk zusammen mit seiner Bevölkerung vernichtet.

Aber in der DVR wurden in den letzten drei Jahren Maßnahmen zur Verteidigung der Republik gegen die Aggression von Seiten der Ukraine unternommen. Im Ergebnis dessen wurden in Erwiderung des massiven Beschusses von Donezk durch die Kräfte der DVR gleich zwei ukrainische Artilleriebatterien sowie ein Kommandopunkt, der das Feuer auf die Stadt leitete, vernichtet.

Deshalb sollte der Aggressor nicht mit einem leichten Sieg rechnen. Umso mehr als in der DVR neue Waffen entwickelt wurden, die in der Lage sind, die ukrainischen Truppen im Fall eines Angriffs zu stoppen. In der Zeit des Konflikts ist es der Donezker Verteidigungsindustrie gelungen, solch hochgenaue Arten von Waffen herzustellen, die es erlauben den Gegner mit recht hoher Geschwindigkeit zu vernichten. Deshalb könnte der Angriff der ukrainischen Truppen enden, ehe er überhaupt beginnt“.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka und Krasnyj Liman**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Assad umarmt Putin: Foto aus Sotschi sorgt für Ärger in Washington Nach dem Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit seinem syrischen Amtskollegen in Sotschi hat die Sprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert von der Verantwortung Moskaus für die Situation in Syrien gesprochen.

Nauert betonte, dass in den Beziehungen zwischen Russland und den USA „alles sehr kompliziert“ sei. „Wir haben alle diese Fotos gesehen, auf denen er (Wladimir Putin – Anm. d. Red.) Baschar Assad umarmt“, sagte Nauert und fügte prompt hinzu, dass Putin „eine gewisse Verantwortung dafür trägt, Syrien zu helfen und Druck auf Baschar Assad auszuüben“.

Knapp vier Stunden lang hatten Wladimir Putin und Baschar Assad in Sotschi miteinander gesprochen – großenteils unter vier Augen. Die Hauptidee des Treffens: Der Krieg in Syrien neige sich dem Ende zu, es sei Zeit, zu politischen Regelungen überzugehen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand laut Kremlsprecher Dmitri Peskow die politische Regelung der Krise in Syrien. Auf die Journalistenfrage, ob Putin Assad zu irgendwelchen Zugeständnissen gegenüber der Opposition bewegen wollte, sagte Peskow, eine politische Lösung sei nur unter Teilnahme aller Seiten der syrischen Krise möglich.

Ob ein möglicher Rücktritt Assads zur Sprache gekommen ist, ließ Peskow offen. Über die künftige Rolle des syrischen Präsidenten könne nur das syrische Volk selbst entscheiden und nicht Russland oder irgendein anderes Land.

Putin äußerte außerdem die Hoffnung auf einen baldigen Sieg über den Terror in Syrien. Er unterstrich dabei die Rolle der Friedensgespräche in Astana.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31839/22/318392263.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 23-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften** der Republik mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Während eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erlitt die Bürgerin Tatjana Wladimirowna Gontscharenko, geb. 8.4.1965, wohnhaft Dokutschajewsk, Leninstraße 26/20, Wohnung 4, in Folge eines Geschosstreffers in das Fenster der Wohnung eine Splitterverletzung am Brustkorb.

ukrinform.ua: EU verhängt Sanktionen gegen „Gouverneur“ von Sewastopol
Die Europäische Union (EU) habe auf die Sanktionsliste den sogenannten Gouverneur von Sewastopol Dmitri Owsjannilkow für die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gesetzt, teilte der Ukrinform-Korrespondent aus Brüssel mit.
Die Sanktionen sehen das Einreiseverbot in die EU-Mitgliedstaaten und das Einfrieren der Vermögenswerte auf dem Territorium der Gemeinschaft vor.
Derzeit sind persönliche restriktive Maßnahmen der EU gegen 150 Personen aus Russland und der Krim, Vertreter der Terrororganisationen in den besetzten Gebieten von Donbass sowie 38 Einrichtungen in Kraft.

de.sputniknews.com: Trump hält Telefongespräch mit Putin für „ausgezeichnet“
US-Präsident Donald Trump hat das Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin als „ausgezeichnet“ bezeichnet.
Trump sagte gegenüber Journalisten, er habe mit Putin fast eine halbe Stunde gesprochen. Laut Trump besprachen die Präsidenten „besonders eindringlich“ die Lösung der Krisen in Syrien, in Nordkorea und in der Ukraine.
Das Weiße Haus hatte auch am Dienstag offengelegt, worüber Trump mit Putin im Telefongespräch sprach. Laut seiner Pressemitteilung standen im Mittelpunkt des Telefonates Syrien, die Terrorbekämpfung, die Ukraine sowie Nordkorea.
Beide Präsidenten bestätigten die Unterstützung der gemeinsamen Erklärung der USA und Russlands, die am Rande des APEC-Gipfels am 11. November gebilligt worden war. Sie

bekannten sich auch zum Genfer Prozess zur Beilegung der Syrien-Krise. Putin und Trump betonten, es sei wichtig, den Terrorismus im Nahen Osten und in Zentralasien gemeinsam zu bekämpfen. Sie vereinbarten, Wege zur weiteren Zusammenarbeit im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh) und andere terroristische Organisationen zu suchen, teilte das Weiße Haus mit. Außerdem besprachen die Präsidenten die Beilegung der Ukraine-Krise. Was die Nordkorea-Krise angeht, erörterten die Präsidenten die Notwendigkeit, weiteren Druck auf Nordkorea auszuüben, um die Umsetzung seines Atom- und Raketenprogramms zu stoppen, so das Weiße Haus. Zuvor hatte der Kreml bekanntgegeben, dass Putin „in nächster Zeit“ mit Präsident Trump sowie führenden Repräsentanten einiger Nahostländer telefonieren werde. Am Montag war der russische Präsident in Sotschi überraschend mit Syriens Staatschef Baschar al-Assad zusammengetroffen, der zu einem kurzen Arbeitsbesuch in Russland weilte.

ukrinform.ua: Poroschenko und Rudolph Giuliani sprechen über russische Aggression
Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat sich mit dem ehemaligen Bürgermeister von New York und jetzigem Berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten für Cybersicherheit, Rudolph Giuliani, getroffen, ließ Poroschenkos Pressedienst berichten. „Der Präsident hat sich (bei Giuliani - Red.) für die starke und zuverlässige Unterstützung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine bedankt“, heißt es in der Meldung. Die Seiten haben auch Wege zur Überwindung der russischen Aggression gegen die Ukraine erörtert. Darüber hinaus hat der Präsident die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Internetsicherheit hervorgehoben. Er informierte den Ex-Bürgermeister von New York auch über den Fortgang der Reformen in der Ukraine. Seinerseits hat Rudolph Giuliani dem ukrainischen Staatschef für das Treffen gedankt und festgestellt, dass seit seinem letzten Besuch im Jahr 2004 in der Ukraine und Kiew „beeindruckende Veränderungen stattgefunden haben“.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass in den letzten 24 Stunden die Gesamtzahl der Verletzungen der Feuereinstellung durch die ukrainischen Streitkräfte 23 betrug. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, Anm. d. Übers.). Während des Beschusses von **Dokutschajewsk** mit Schützenpanzern erlitt eine zivile Einwohnerin eine Splitterverletzung, es wurden 9 Wohnhäuser beschädigt. Eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte, die die Feuerleitung auf Dokutschajewsk betrieb, wurde von den Streitkräften der DVR abgeschossen. Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 137. In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 923.

ukrinform.ua: Premier: Schon 720 Tage kauft Ukraine kein Gas mehr bei Russland
Die Ukraine habe sich von der russischen Gasabhängigkeit befreit und kaufe schon mehr als 720 Tage kein Gas mehr bei Russland. Die nächste Aufgabe sei, überhaupt kein Gas im

Ausland zu kaufen, sagte in der heutigen Regierungssitzung der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Noch vor kurzem waren wir bei allen Energieressourcen von der Russischen Föderation abhängig. Das wurde immer als ein Druck- und Erpressungsinstrument verwendet. Heute leben wir mehr als 720 Tage ohne einen einzigen Tropfen des russischen Gases. Wir sind unseren internationalen Partnern dankbar, dass sie uns nach der Revolution der Würde unterstützt haben. Viele Anstrengungen wurden gemacht, um diese Abhängigkeit loszuwerden. Heute kaufen wir das Gas im Ausland an, aber unsere Aufgabe ist, das Gas oder andere Ressourcen nicht zu kaufen, unser Ziel ist, ein energieunabhängiges Land zu werden“, sagte der Ministerpräsident.

Er äußerte ferner die Überzeugung, dass die Ukraine die Möglichkeiten hat, eigenes Gas zu gewinnen, die Verarbeitung von Erdölprodukten zu gewährleisten und alternative Energien zu entwickeln.

„Das einzige ist, dass man das hätte früher tun sollen. Aber wir haben das, was wir haben. Für unsere Regierung war sofort die Aufgabe, den Rückgang der Gewinnung zu stoppen...“, sagte er.

Er betonte, die Ukraine werde sich nicht nur mit dem Gas versorgen, sondern es auch noch exportieren können.

de.sputniknews.com: Russlands wichtigster Sänger gestorben

Der weltberühmte russische Opernsänger Dmitri Chworostowski ist in der Nacht auf Mittwoch im Alter von 55 Jahren gestorben, wie seine Familie am Mittwoch via Facebook mitteilte.

Vor zwei Jahren hatten Ärzte bei Chworostowski einen Hirntumor entdeckt. Probleme mit dem Gleichgewicht im Zusammenhang mit seiner Erkrankung machten es ihm unmöglich, an Opernproduktionen teilzunehmen. Der Bariton hatte sich in einer Londoner Klinik behandeln lassen.

Der weltbekannte russische Bariton Dmitri Chworostowski wurde in der sibirischen Stadt Krasnojarsk geboren. Dort studierte er an der pädagogischen Schule „Alexej Gorki“ und an der Hochschule für Kunst. Entscheidend für seine Sängerkarriere war sein Sieg beim Wettbewerb „Sänger der Welt“ im britischen Cardiff.

Nach seinem Debüt in Nizza, wo er die Oper von Pjotr Tschaikowski „Pique Dame“ sang, wurde Chworostowski von den besten Opernhäusern der Welt engagiert, darunter das Londoner Royal Opera House, die Metropolitan Opera in New York, die Pariser Oper, die Bayerischen Staatsoper, das Opernfestival in Salzburg, die La Scala in Mailand, die Wiener Staatsoper, die Lyric Opera of Chicago und viele weitere. Trotz seines großen internationalen Erfolges pflegte Chworostowski auch musikalische sowie persönliche Kontakte in Russland



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31839/94/318399453.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **acht Ortschaften** 55

Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf das Gebiet von **Leninskoje** fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert, außerdem wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf **Dolomitnoje** abgefeuert sowie Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **23 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der Streitkräfte der Ukraine festgestellt.

In Folge des Beschusses von **Dokutschajewsk** von Seiten der ukrainischen Strafruppen erlitt die Bürgerin Tatjana Wladimirowna Gontscharenko, geb. 1965, wohnhaft Leninstraße 26/20, Wohnung 4, eine Splitterverletzung am Brustkorb, nach genaueren Informationen wurden 17 Häuser durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt.

Bei uns gehen **erschreckende Mitteilungen von Einwohnern des** zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften **besetzten Territoriums** ein. Gestern wurden nach ihren Angaben eine Verlagerung von drei Lastwagen mit **Personal, das in Uniformen russischer Art gekleidet war**, aus dem Gebiet von Artjomowsk in das Gebiet von Swetlodarsk bemerkt. Außerdem sind im Gebiet von Swetlodarsk nach Informationen unserer Aufklärung nun **Filmteams westlicher und ukrainischer Fernsehsender** eingetroffen, um inszenierte Videos zu erstellen. Die Anweisungen zur Gewährleistung der Arbeit der ausländischen Journalisten wurden unmittelbar vom Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte gegeben. In diesem Zusammenhang schließen wir **Provokationen ukrainischer Soldaten** an der Kontaktlinie, die das Ziel haben gefälschte Beweise für die Anwesenheit russischer Truppen im Donbass vorzubereiten und diese „Fakes“ zur Begründung einer Aggression gegen die Republiken zu nutzen, nicht aus.

Wir wenden uns an die OSZE-Mission mit der Bitte bei der Verhütung von rechtswidrigen

Handlungen der ukrainischen Truppen, die die Lage in diesem Gebiet destabilisieren, zu unterstützen.

Wir stellen auch weiterhin eine Konzentration verbotener Waffen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest. Insbesondere wurde von unserer Aufklärung eine Verlagerung der 1. Haubitzenabteilung der 55. Artilleriebrigade in das Gebiet von Krasnogorowka (nördlich von Awdejewka) beobachtet. Von uns wurde acht Kilometer von der Kontaktlinie die Stationierung von sechs großkalibrigen Artilleriegeschützen registriert, die im privaten Sektor der Ortschaft versteckt sind und sich in der Nähe von Landwirtschaftsgebäuden befinden. Nach Informationen von Quellen einer Einheit der 1. Haubitzenabteilung werden sie zur Anwendung im Interesse des verbrecherischen Kommandos der Luftlandebrigade vorbereitet.

ukrinform.ua: Regierung billigt Energiestrategie bis 2035

Die ukrainische Regierung hat die Energiestrategie der Ukraine bis zum Jahr 2035 gebilligt, die unter Berücksichtigung der Welttrends des Energieverbrauchs entwickelt wurde.

Die Strategie hat in der Regierungssitzung der Vize-Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Kistion, präsentiert, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wir haben die Energiestrategie unseres Staates unter Berücksichtigung der Welttrends entwickelt. Es ist ein Programmdokument, das das gesamte Spektrum der Energiereformen in unserem Staat bestimmt, von der Energieeffizienz bis zur effektiven Verwaltung von Ressourcen“, sagte Kistion.

Er fügte hinzu, dass die Regierung sich als Aufgabe setzt, die Energieintensität der ukrainischen Wirtschaft mindestens zu halbieren, den Anteil erneuerbarer Energiequellen in der Gesamtbilanz bis 2035 bis auf 25 % zu erhöhen und die Qualität der Energieversorgung für die Verbraucher zu verbessern. Darüber hinaus sieht die Energiestrategie die Entwicklung des Gassektors vor.

„Die Gasgewinnung liegt heute bei nicht mehr als 3,5 %. In den europäischen Ländern ist sie nicht weniger als 12,5 %“, resümierte Kistion

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das **Regime der Feueereinstellung viermal verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Krasnyj Liman und Kalinowka**. Beim Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 60 Geschosse abgefeuert.

Die Volksmiliz stellt weiter Fälle von **nicht kampfbedingten Verlusten in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** in der „ATO“-Zone fest.

So wurde beim Betrieb von Raupentechnik wegen Nichteinhaltung der Sicherheitsanforderungen ein Soldat der 54. Brigade getötet, drei wurden verletzt.

In der 58. Panzergrenadierbrigade starb wegen unvorsichtigen Umgangs mit Munition ein Soldat durch die Detonation einer Granate. Beide Fälle werden traditionsgemäß gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Nach den Erklärungen der führenden Personen der Ukraine zu urteilen, die in der letzten Zeit zu hören sind, gibt es auf dem Territorium der LVR so viel Technik wie bei keiner anderen Armee der Welt. Ich will noch ein mal betonen, dass auf diesem Territorium OSZE-Beobachter arbeiten, die in ihren Berichten regelmäßig mitteilen, dass unsere Technik auf Übungsplätzen und in speziellen Lagerorten ist.

Ich will die Bürger der LVR beruhigen und erklären, dass alle Einheiten, Verbände und Truppenteile der Volksmiliz der LVR ihren alltäglichen Tätigkeiten nachgehen, alle Einheiten befinden sich in ihrem ständigen Stationierungsorten.

Es wurde bekannt, dass gestern ein Soldat der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte in betrunkenem Zustand bei einer Feier des sogenannten Tags der Luftsturmtruppen der Ukraine drei Soldaten seiner Einheit mit einem Messer verletzte und dann floh.

Nach den Ergebnissen einer Kommission des Stabs der „ATO“ in der 80. Luftsturmbrigade und angesichts des äußerst niedrigen moralisch-psychischen Zustands der Soldaten, ständiger Sauferei, eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils usw. wurde vom Generalstab der ukrainischen Streitkräfte die Entscheidung getroffen, die Einheiten in der nächsten Zeit auszutauschen.

de.sputniknews.com: Radioaktivität in Europa: Kreml zu angeblichem Ruthenium-Austritt
Die Informationen, dass die in den europäischen Ländern gemessene radioaktive Substanz Ruthenium-106 aus dem südlichen Ural stammen könnte, hat Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch kommentiert.

Laut Peskow hat keine der zuständigen Behörden, mit denen der Kreml im ständigen Kontakt steht, bestätigt, dass es im Süd-Ural zu einem Ruthenium-Austritt gekommen sein könnte.

“Wir verfügen derzeit über keine Informationen von unseren Behörden über irgendwelche Gründe oder Störungsfälle, die zu einem solchen Austritt geführt haben könnten“, so Peskow. Anfang Oktober hatte das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) von ungefährlich geringen Mengen von Ruthenium-106 in Deutschland, aber auch in Italien und Österreich berichtet. BfS-Fachleute vermuteten, dass die Quelle im südlichen Ural liegen könnte. Belege für ihre These präsentierten sie jedoch nicht. Die russische Atomenergiebehörde Rosatom wies die Mutmaßung als falsch zurück. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit des russischen Gebietes Tscheljabinsk hatte mitgeteilt, dass in der Region selbst kein Austritt von Radioaktivität gemessen worden sei. Im Gebiet Tscheljabinsk befindet sich die Atomanlage Majak, in der spaltbares Material industriemäßig hergestellt wird.

Ruthenium-106 wird hauptsächlich als Strahlenquelle in der Krebstherapie genutzt, seltener auch in Isotopengeneratoren zur Energieversorgung von Satelliten

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination hat eine Untersuchung zu Fällen von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung im Gebiet der Donezker Filterstation, die von der OSZE-Kamera aufgenommen wurden und über die in den täglichen Berichten vom 17. und 18. November, die den Stand des 16. bzw. 17. November wiedergeben, berichtet wurde, durchgeführt.

So stand im Bericht über die Lage am 16. November das folgende:

„Das Geschoss, dass von Süden nach Norden flog, mit einer anschließenden Detonation (Explosion des Geschosses), die um 2:18 Uhr am 15. November in unmittelbarer Nähe von der Kamera der OSZE-Mission an der Donezker Filterstation (s. täglicher Bericht der Mission vom 16. November 2017) erfasst wurde, wurde nach Einschätzung der Mission mit einem Antipanzergranatwerfer in 600-700-Meter in südlicher Richtung abgeschossen. Am 16. November um 19:36 Uhr erfasste die Kamera ein Geschoss, das aus Südwesten nach Nordosten flog und eine nachfolgende Detonation (Explosion des Geschosses) in der Nähe der Kamera. Nach Einschätzung der Mission war dies eine Handgranate oder eine aus einem Antipanzergranatwerfer, die etwa 250-450 Meter aus südlicher Richtung abgeschossen wurde“.

In dem angeführten Absatz ist die Rede von zwei Episoden der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung unmittelbar in der Nähe der DFS, die die OSZE-Kamera, die auf dem Verwaltungsgebäude der Station installiert ist, aufgezeichnet hat. Dabei wurde von der Kamera ein Geschoss registriert, das aus südwestlicher Richtung nach Nordosten flog, aber nach der Version der Mission aus südlicher Richtung landete.

Am 18. November gab die OSZE-Mission einen weiteren täglichen Bericht zum Stand vom 17. November heraus, aber aus unbekannten Gründen wurde er nicht in der Rubrik der täglichen Berichte, sondern in der Rubrik „Neuigkeiten und Pressemeldungen“ eingestellt. Außerdem wird die zweite Episode vom 16. November mit neuen Einzelheiten ausgestattet.

„Am 16. November um 19:36 Uhr hielt die Kamera ein Geschoss aus Südwesten nach Nordosten mit einer folgenden Detonation aufgrund der Explosion des Geschosses in der Nähe der Kamera fest (s. täglicher Bericht der Mission vom 17. November 2017). Nach Einschätzung der Mission war dies eine Granate, die mit einem Handgranatwerfer oder einem Antipanzergrenatwerfer in einem Abstand von 250-450 Meter aus südlicher Richtung neben dem Ort abgeschossen wurde, wo nach Beobachtungen der Mission die vorderen Positionen der DVR stationiert sind“.

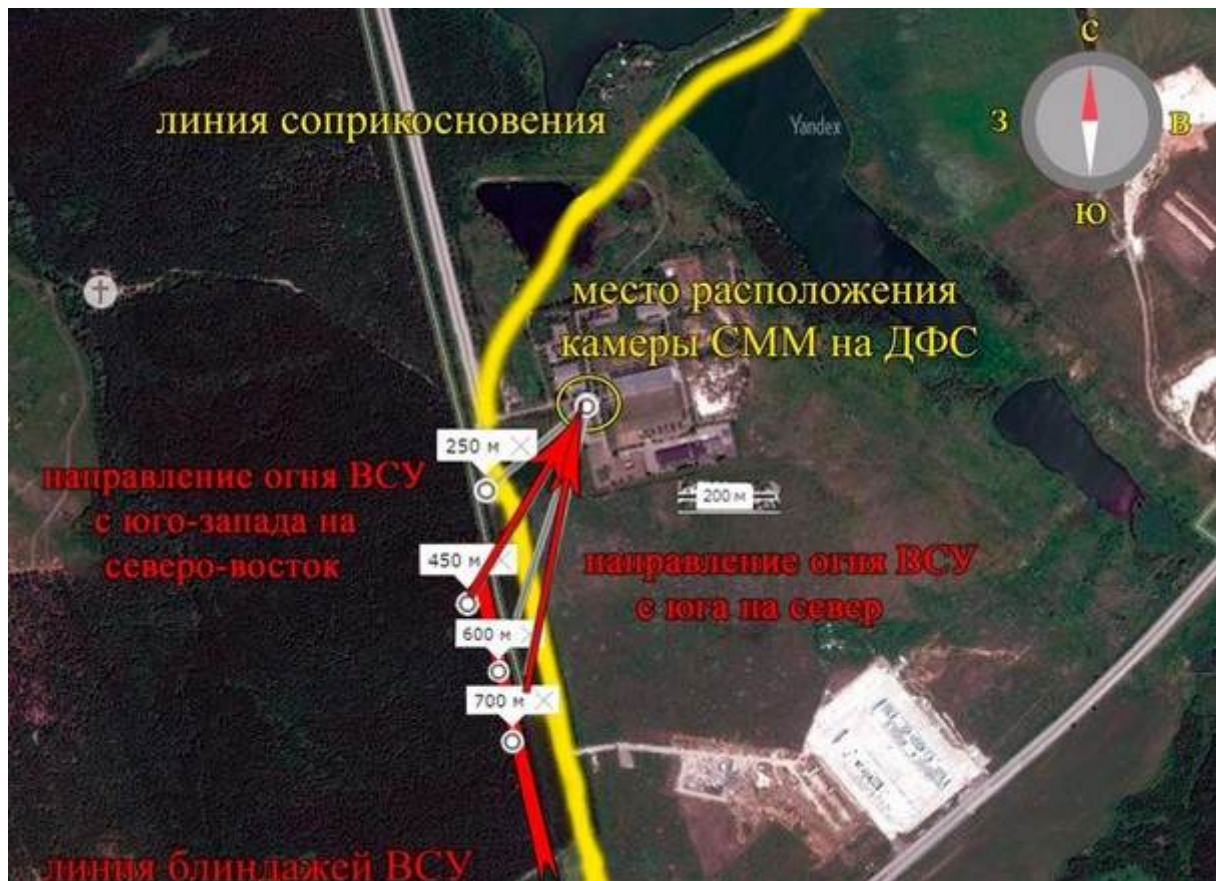
Neben der Tatsache, dass der Fakt der Veröffentlichung des Stationierungsortes der vordersten Positionen der Streitkräfte der DVR eine grobe Verletzung der Prinzipien der Arbeit der OSZE-Mission ist, entspricht die angegebene Information nicht der Wirklichkeit.

Eine Analyse der angeführten Daten unter Berücksichtigung der Örtlichkeit zeugt davon, dass in beiden Fällen die Verletzungen von Seiten der Positionen der ukrainischen Streitkräfte erfolgten, die entlang der Straße H-20 im Sektor vom Westen nach Süden in einem Abstand von 250m in westlicher und 800m in südlicher Richtung von der DFS stationiert sind.

Während gleichzeitig die nächsten Positionen der Streitkräfte der DVR in der von der OSZE-Mission angegebenen südlichen Richtung sich in einer Entfernung von mindestens 1000m befinden. Wir erinnern daran, dass gemäß der taktisch-technischen Charakteristik des Granatwerfers SPG-9 die Schussweite 800 Meter beträgt.

Wenn man das oben ausgeführte berücksichtigt, bleibt die Frage offen, ob diese Manipulationen mit den Berichten und die eingefügten Korrekturen vorsätzlich oder zufällig erfolgten und welche Ziele damit verfolgt wurden.

Außerdem schlagen wir Herrn Hug vor, während seines Besuchs in der DVR das Territorium der DFS zu besuchen und persönlich die Entfernung der Positionen der Seiten zu inspizieren. Wir äußern die Überzeugung, dass die Führung der OSZE-Mission operativ auf die Schaffung eines Präzedenzfalls durch diese reagiert und den Fehler in dem Bericht korrigiert. Wir unsererseits stellen der Öffentlichkeit eine Karte der von der OSZE-Mission festgehaltenen Beschießungen des Territoriums der DFS mit Bezug auf die Örtlichkeit vor“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.



<https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2017/11/016dc9c53a96af37b8d50-760x551.jpg>

smdnr.ru: Die Situation mit der Wasserversorgung in der DVR ist stabil, die Gefahr einer ökologischen Katastrophe gibt es nicht. Dies teilte am 22. November der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit und kommentierte so einen weiteren Ausfall der ukrainischen Medien.

Am 21. November hatten ukrainische Internetressourcen mit Bezug auf den stellvertretenden Minister für Fragen der zeitweilig okkupierten Territorien Jurij Grymshuk die Information verbreitet, dass „80% der Trinkwasserquellen auf den okkupierten Territorien des Donbass aufgrund der hohen Mineralisierung bereits nicht mehr zur Verwendung geeignet sind“. „Ich kann mitteilen, dass die Wasserversorgungsobjekte der Republik normal funktionieren. Der technologische Prozess der Wasserreinigung wird eingehalten. Das Wasser entspricht den sanitären Normen“, kommentiert der Minister die Situation.

Er erinnerte daran, dass die Hauptquelle der Wasserversorgung der DVR der Kanal Sewerskij-Donetz – Donbass ist. „Der Kanal versorgt 130 Ortschaften der Republik zentralisiert mit Wasser, was 94% ihres Territoriums ausmacht. In diesem Zusammenhang ist unverständlich, von welchen 80% der Wasserquellen die Rede ist“, fügte Sergej Naumez hinzu.

Er merkte an, dass die Scheinheiligkeit der ukrainischen Regierung keine Grenzen kennt. „Die ukrainische Seite äußert Besorgnis bezüglich der ökologischen Situation im Donbass und dabei beschießen die ukrainischen Streitkräfte schon seit drei Jahren die Donezker Filterstation und andere sehr wichtige Objekte der Wasserinfrastruktur der Region, deren Stilllegung nach der Prognose von Experten tatsächlich zu einer ökologischen Katastrophe führen kann. Wo ist hier die Logik?“, fragt der Minister.

timer-odessa.net: Die Dekommunisierung des Geldes - Poroschenko wurde um die Umbenennung der Kopeke in Cent gebeten

Am 21. November wurde auf der offiziellen Webseite des Präsidenten der Ukraine eine Petition mit der Bitte, die Staatsmünzen umzubenennen, veröffentlicht.

Autor dieses elektronischen Dokumentes Nr 22/0410046 ist ein gewissen Sergej Djuritsch, der betont, dass die Münzen in der UdSSR Kopeken genannt wurden....

Darüber hinaus fordert der Autor, den folgenden offiziellen Wechselkurs zwischen Griwna und ausländischer Währung so festzulegen: 1 Euro entspricht 1,5 Griwna.

(Gegenwärtig liegt der Wechselkurs bei etwas 1 : 31 – Anm. d. Übers.)

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR:**

Die ukrainischen Truppen verletzen weiter grob die Minsker Vereinbarungen. Heute Nacht erfolgte in **Richtung Gorlowka** ein erschreckender Fall von Ausschreitungen der Kämpfer der Einheiten der 54. mechanisierten Brigade und der 24. Bataillons „Ajdar“ gegenüber den Einwohnern von **Gladosowo**, das sich in der Nähe von Sajzewo befindet. Die **Strafsoldaten sind im Schutz der Nacht in die Ortschaft eingedrungen** und haben jedes Haus blockiert und haben unter Drohung mit Waffengewalt den örtlichen Einwohnern verboten ihre Wohnungen zu verlassen. Von den Einwohnern der Ortschaft gehen beängstigende Anrufe mit der Bitte um Hilfe und Mitteilungen über die Fakten der Ausschreitungen von Seiten der nationalistisch eingestellten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ein.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Strafruppen **in den Wohngebieten der Ortschaft Mörser stationiert** haben, um in der Nähe liegende Ortschaften der Republik zu beschießen. Außerdem befassen sie sich mit der Verminung der Zugänge zur Ortschaft.

Die Tatsache der militärischen Anwesenheit der Strafruppen auf dem Territorium von Gladosowo bestätigt unter anderem auch der ukrainische Freiwillige Jurij Mysjagin auf seiner Facebook-Seite, obwohl anschließend seine Mitteilung vom Stab der „ATO“ dementiert wurde.

Wir bewerten die genannten Aktivitäten der ukrainischen Truppen als Gefangennahme von friedlichen Einwohnern durch Terroristen. Dies ist eine sehr grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen, während sich gleichzeitig der stellvertretende Leiter der OSZE in der Ukraine Alexander Hug zu einem Besuch in der DVR befindet.

ukrinform.ua: Christos Stylianides: EU hat Donbass nicht vergessen

Die humanitäre Situation im Donbass wurde zum Thema der internationalen Konferenz „Ukraine: eine vergessene humanitäre Krise in Europa?“ am Mittwoch in Berlin, ließ die Ukrinform-Korrespondentin aus Deutschland berichten.

„Die Ukraine bleibt eine Priorität für die EU, die EU steht fest an der Seite der Ukraine, die Krise ist nicht vergessen, die Ukraine ist nicht allein!“, erklärte optimistisch in einer Video-Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Christos Stylianides.

Der EU-Politiker gab bekannt, dass Brüssel in diesem Jahr den Notleidenden in der Konfliktregion auf beiden Seiten der Trennlinie 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hatte. Er hat die Arbeit der humanitären Organisationen verzeichnet und sie „Helden vor Ort“ genannt, und alle Parteien aufgefordert, die Bedingungen des Waffenstillstandes einzuhalten, was „kritisch für die Möglichkeit der Lieferung humanitärer Güter ist“.

Stylianides versicherte auch, dass die EU die diplomatischen Bemühungen für die vollständige Umsetzung der Abkommen von Minsk auf der Basis der Grundsätze der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine unterstützt.

de.sputniknews.com: „Wir möchten vor Jahresende abschließen“: Russlands Syrien-Pläne nach Kampfeinsatz

Russische Diplomaten und Militärs rechnen mit einem baldigen Ende des Kampfeinsatzes in Syrien. Russlands Militärpräsenz soll dort schrumpfen, die Stützpunkte in Hmeimim und Tartus sollen aber weiter funktionieren. Der russische Generalstab verhandelt über mehr Koordination mit den Iranern und den Türken.

Bereits vor Jahresende will Russland seine Militäroperation in Syrien zum Abschluss bringen, berichtet die Zeitung „RBK“ am Mittwoch unter Berufung auf russische Diplomatenkreise.

Gemeint sei ein Ende der russischen Luftangriffe. Auch generell gehe die russische Militärpräsenz voraussichtlich zurück, und zwar auf einen Stand, der notwendig sei, um die Luftwaffenbasis in Hmeimim und den Marinestützpunkt in Tartus weiter funktionieren zu lassen, hieß es.

Dass der russische Kampfeinsatz in diesem Zeitraum zu Ende gehen soll, bestätigte auch ein nicht namentlich genannter Mitarbeiter des russischen Verteidigungsministeriums. Er sagte dem Blatt allerdings, der Termin könne verschoben werden, weil die Situation in Syrien „beweglich“ sei: „Wir möchten sehr vor Jahresende abschließen.“

Im Hinblick auf die geplante Reduzierung der Militärpräsenz prognostizierte der russische Militärexperte Viktor Murachowski, vor allem werde wahrscheinlich die Zahl der russischen Su-24M-Frontbomber in Syrien schrumpfen, aber auch die der Kampfhubschrauber Mi-35, Mi-28 und Ka-52.

Alle derzeit präsenten Jagdflugzeuge des Typs Su-35 und Su-30SM sollten nach Ansicht von Murachowski in Syrien bleiben. „Ihre Zahl in Syrien ist ohnehin gering – schätzungsweise je vier Maschinen. Ich denke auch nicht, dass man die Zahl der Mi-8-Hubschrauber reduzieren wird, denn man wird sie nach der Zerschlagung der IS-Gruppe brauchen, um aktuelle Aufgaben zu erfüllen“, sagte Murachowski dem Blatt. Wie er vermutet, sollen auch russische Drohnen und Flugabwehrsysteme in Syrien bleiben.

Die Zeitung „Wedomosti“ zitiert den russischen Generalstabschef Valeri Gerassimow mit den Worten: „Die aktive Phase des Syrien-Einsatzes geht zu Ende. Obwohl nach wie vor eine Reihe ungelöster Probleme besteht, nähert sich diese Phase ihrem logischen Abschluss.“ Die Aufgabe der Militärs bestehe nun darin, die „erreichten militärischen Ergebnisse“ zu festigen und ein „Comeback der Terroristen“ in Syrien zu verhindern.

Gerassimow kommentierte auch die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem iranischen und dem türkischen Amtskollegen am Dienstag. Es seien dabei Maßnahmen vereinbart worden, um die Koordinierung in der syrischen Schutzzone Idlib zu erhöhen. Man habe auch konkrete Schritte ausgearbeitet, um die letzten IS- und Al-Nusra-Einheiten in Syrien zu beseitigen, so Gerassimow.

Dan-news.info: Die Energieversorgung des Nowoasowskij- und des Telmanowo-Bezirks, die gestern Abend aufgrund des heftigen Schneefalls unterbrochen wurde, war heute Mittag wieder vollständig in Betrieb, teilte das Energie- und Kohleministerium der DVR mit.

„Heute um 11:20 Uhr waren alle Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung des Südens der Republik wieder in Gang. Globale Schäden sind in keiner Ortschaft der DVR zurückgeblieben“, teilte das Ministerium mit.

Zuvor war heute mitgeteilt worden, dass gestern Abend wegen der schlechten Wetterbedingungen Stromleitungen beschädigt wurden. Dadurch hatte praktisch der gesamte Telmanowo- und Nowoasowskij-Bezirk keinen Strom.

Abends:

de.sputniknews.com: Putin, Erdogan und Rouhani einig zu Syriens Zukunft.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach dem trilateralen Treffen mit den Präsidenten der Türkei und des Iran, Recep Tayyip Erdoğan und Hassan Rouhani, ein umfangreiches und vielseitiges Aufbauprogramm für Syrien in Aussicht gestellt und die Grundlagen der politischen Regulierung für Syriens Zukunft aufgezeigt.

In der gemeinsamen Pressekonferenz nach den trilateralen Verhandlungen hat Putin auf sein Gespräch mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad verwiesen, die Bereitschaft der syrischen Führung zu politischen Reformen gelobt sowie Möglichkeiten für den Wiederaufbau des Landes aufgezeigt.

„Wir haben das Engagement der syrischen Führung zu einer friedlichen Lösung der politischen Krise sowie die Bereitschaft zur Durchführung einer Verfassungsreform und freier, von der Uno kontrollierter Wahlen zur Kenntnis genommen“, erklärte Putin in der Konferenz. Nun, wo der aktive Kampf gegen den Terror in diesem Nahostland fast vorbei sei und die Terroristen kurz vor ihrem Untergang stehen würden, sei es an der Zeit über eine politische Regulierung sowie den notwendigen Wiederaufbau des Landes nachzudenken.

„Angesichts der kolossalen Ausmaße der Zerstörung, sollten wir zusammen über ein komplexes Programm zum Wiederaufbau Syriens nachdenken“, sagte Putin.

Zahlreiche Bereiche müssten teilweise von Grund auf neu aufgebaut werden. Die Industrieproduktion, Landwirtschaft, Infrastruktur, Medizin und das Bildungswesen müssten eine besondere Priorität erhalten.

Gleichzeitig sei aber auch direkte Hilfe für die Bevölkerung notwendig, wie etwa die Räumung von Minen in Wohnvierteln oder die Unterstützung der Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Häuser.

Ein wichtiger Schritt sei dabei schon geleistet worden, und zwar die Schaffung der Deeskalationszonen, die die Rückkehr von „Hunderttausenden Flüchtlingen in ihre Heime“ ermöglicht habe.

Ein weiterer Schritt zur politischen Regulierung und der Versöhnung der Konfliktparteien könnte außerdem der anvisierte Kongress des nationalen Dialogs in Sotschi werden, der von Russland angestrebt werde.

„Das syrische Volk muss selbst über seine Zukunft entscheiden, die Prinzipien der Staatsstruktur bestimmen“, unterstrich der russische Präsident.

Selbstverständlich werde dies nur durch Verhandlungen und Kompromissbereitschaft aller Seiten möglich werden.

Putin betonte dabei auch die besondere Rolle Russlands, der Türkei und des Iran in dem Prozess als verantwortungsbewusste Garantmächte für den Frieden, die den Prozess als Ganzes und die Astana-Gespräche im Einzelnen überhaupt ermöglicht hätten.

Nun soll der Nationale Dialog die weitere Normalisierung und die Stabilisierung im Land und in der Region ermöglichen.

„Ich denke, dass all unsere Anstrengungen sich auf die langfristige Normalisierung in Syrien konzentrieren müssen. Damit meine ich vor allem den Prozess der politischen Regulierung“, betonte der Präsident.

Der gesamte Prozess müsse dabei auf dem Völkerrecht und einer Reihe internationaler Entscheidungen basieren, wie etwa auf der UN-Resolution 2254, die zum Beginn eines breiten innersyrischen Dialogs aufruft.

Nicht zuletzt verwies Putin aber auch auf Prozesse, die den Start der diplomatischen Regulierung überhaupt ermöglicht haben, und zwar die erfolgreiche militärische Intervention zur Niederschlagung des IS und anderer Terroristengruppen in dem Land. Diese seien nun kurz vor dem erfolgreichen Abschluss.

„Die umfangreichen militärischen Maßnahmen gegen die Terrorbanden in Syrien kommen zum Ende. (...) Es ist gelungen, den Zerfall Syriens zu verhindern, seine Eroberung durch

internationale Terroristen nicht zuzulassen sowie eine humanitäre Katastrophe zu verhindern“, so der russische Präsident.

In den Tagen vor dem dreiseitigen Gespräch empfing der russische Präsident ebenfalls in Sotschi bereits seinen syrischen Amtskollegen und besprach mit ihm die Möglichkeiten für die Nachkriegsordnung für das Nahostland.

Außerdem telefonierte Putin mit dem US-Präsidenten Donald Trump und verhandelte auch mit ihm über Schritte zur Konfliktregulierung in Syrien und Nahost.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31840/57/318405798.jpg>

de.sputniknews.com: Kritik an „Skandalurteil“ gegen Mladic: „Illegales Tribunal im Auftrag der Nato“

Von einem "Skandalurteil auf Basis vorgefasster Meinungen" gegen den bosnisch-serbischen Ex-General Ratko Mladic am Mittwoch spricht Klaus Hartmann, Vorsitzender des Freidenker-Verbandes und Beobachter der Ereignisse. Der Journalist Hannes Hofbauer sieht darin eine juristische Fortsetzung des Nato-Vorgehens gegen Jugoslawien.

Mit deutlicher Kritik haben langjährige Beobachter der Ereignisse, Prozesse und Hintergründe beim Zerfall Jugoslawiens auf das Urteil des UN-Sondertribunals in Den Haag vom Mittwoch gegen den ehemaligen bosnisch-serbischen Militärführer Ratko Mladic reagiert. Dieser war zu lebenslanger Haft verurteilt, weil der heute 75-Jährige des Völkermordes, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bosnien-Krieges (1992 bis 1995) schuldig sei. Der Ex-General war in elf Fällen angeklagt worden. Dazu zählte laut den Berichten die Ermordung von 8000 muslimischen Jungen und Männern in Srebrenica, die vom UN-Tribunal als Völkermord eingestuft wurde.

Es war der letzte Völkermord-Prozess des Tribunals. Ende des Jahres wird das Gericht laut dpa nach 24 Jahren seine Arbeit abschließen. Wegen des angeblichen Völkermordes in Srebrenica waren mit Mladic 16 Personen schuldig gesprochen worden.

„Kriegsbefürworter und -treiber zufriedengestellt“

Für unbedarfte Zuschauer klinge das Urteil „eigentlich gerecht“, schätzte der österreichische Journalist und Verleger Hannes Hofbauer gegenüber Sputnik ein.

„Es ist aber nicht gerecht“, fügte der langjährige Beobachter der Entwicklung auf dem Balkan hinzu. Das UN-Tribunal sehe nur „auf einem Auge scharf, nämlich auf dem serbischen Auge, und ist auf allen anderen Augen blind“. Für Klaus Hartmann handelt es sich um ein „Skandalurteil auf Basis vorgefasster Meinungen“.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes hat die Vorgänge seit Jahren beobachtet und die Verfahren in Den Haag wie das gegen den ehemaligen jugoslawischen

Präsidenten Slobodan Milosevic deutlich kritisiert. Das Tribunal sei auch gegen Mladic einseitig der Nato-Auffassung gefolgt und habe in allen Verfahren einseitig antiserbisch entschieden, erklärte er gegenüber Sputnik. Dazu gehöre, dass die Rolle der Nato in den jugoslawischen Teilungs-Kriegen in den 1990er Jahren nicht hinterfragt worden sei.

Die Kriegsbefürworter und -treiber seien mit dem Urteil gegen Mladic „nun zufriedengestellt“. Es werde nicht mehr nach den Ursachen und Tatsachen gefragt, so Hartmann. Das hätte mit Blick auf die inneren und äußeren Zusammenhänge, die zum jugoslawischen Zerfallsprozess führten, erfolgen müssen, bestätigte Verleger Hofbauer. Er schloss dabei auch die externen Faktoren wie die Rolle Deutschlands und Österreichs mit ein – „die ja eigentlich seit 1991 zu dieser Sezession Bosniens getrieben haben und immer wieder von serbischer Seite gewarnt worden sind, dass das nicht ohne Krieg funktionieren wird.“

Unterlassene Fragen nach Rolle der Nato

Hofbauer verwies darauf, dass in dem Krieg Morde und Überfälle nicht nur von einer Seite erfolgten. So hätten vor Sarajevo 1995 kroatische Einheiten eine UN-Schutzzone überfallen, was nie thematisiert worden sei. Das zeige, dass es sich um „ein ungleichgewichtiges Tribunal“ handle. Freidenker Hartmann widersprach unter anderem der vom Gericht behaupteten Belagerung Sarajevos durch die bosnischen Serben:

„Es wird negiert, dass Sarajevo in diesen Jahren immer eine geteilte Stadt war, in der Serben und Kroaten und bosnische Muslime in unterschiedlichen Stadtteilen wohnten und, aufeinander gehetzt, sich gegenseitig beschossen haben. Eine Belagerung fand in dieser Hinsicht nie statt.“

Der Freidenker-Vorsitzende betonte, der Vorwurf, Mladic habe befohlen, UN-Blauhelme als menschliche Schutzschilde gegen Nato-Bomben zu missbrauchen, sei konstruiert. Das unterlasse die Frage, ob die Nato-Bombenangriffe 1994 völkerrechtlich legitimiert waren. „Es gab für nichts dergleichen einen UN-Sicherheitsratsbeschluss.“

Merkwürdiger „Kronzeuge“ für Srebrenica

Hartmann ging ebenso darauf ein, dass Mladic die mutmaßlichen Massaker von Srebrenica 1995 mit angeblich etwa 8.000 Toten und „Völkermord“ vorgeworfen wurden. Letzteres sei 2010 nach einer Klage Bosnien-Herzegowinas vom Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag nur für diesen einen Fall bestätigt worden, allerdings ohne jegliche eigene Ermittlungen. Das UN-Sondertribunal stütze sich bei den Vorwürfen zu Srebrenica auf allein ein Verfahren und die immer wieder voneinander abweichenden Aussagen eines einzigen „Kronzeugen“ namens Drazan Erdemovic, stellte Hartmann klar. Letzterer habe als bosnischer Muslim auf Seiten der Serben gekämpft. Dabei gebe es die „verblüffende Situation“, dass kein einziger von Erdemovic benannter angeblicher Mittäter verhaftet und befragt worden sei. Es handle sich um einen „merkwürdigen, gekauften Zeugen“. Als Slobodan Milosevic in seinem Verfahren 2003 Erdemovic befragen wollte, habe der vorsitzende Richter das untersagt. Im Interview machte der Freidenker-Vorsitzende darauf aufmerksam, dass in die wiederholt genannte Gesamtzahl der Opfer anscheinend verschiedene Zahlen von Opfergruppen auf allen beteiligten Seiten von verschiedenen Kämpfen und Ereignissen zusammengerechnet wurden. Diesen Widersprüchen bei den Zahlen gehe bis heute niemand nach, beklagte Hartmann. Journalist Hofbauer findet die Frage wichtig, ob es sich wie behauptet um eine „willentliche Ausrottung“ gehandelt hat. Er machte auf ein Problem dabei aufmerksam: „Seit die Europäische Union mit einem Beschluss 2007 die Leugnung von Völkermord – und dabei war insbesondere Srebrenica gemeint – unter Strafe stellt, ist die offene Debatte darüber nicht möglich.“

Das sei für ihn kritikwürdig. Alle Seiten in dem bosnischen Bürgerkrieg 1992 bis 1995 seien darauf aus gewesen, die jeweils andere Bevölkerung von ihren jeweiligen Gebieten zu vertreiben und auch zu vernichten. „Das ist ja kein Alleinstellungsmerkmal eines Bürgerkrieges.“ Für Hofbauer ist es „ungerecht, das nur einer Seite vorzuwerfen“. Niemand von der kroatischen, der bosnisch-muslimischen und auch der albanisch-kosovarischen Seite

sei vor Gericht gestellt worden. Letztere würden sogar als Partner des Westens behandelt.

„Gericht im Auftrag der Nato und privater Finanziere“

Freidenker Hartmann bezeichnete das Tribunal in Den Haag als „voreingenommenes Gericht, das im Auftrag der Nato agiert“. Das bestätigte Hofbauer, der sagte: „Das, was die Nato, Deutschland und die USA voran, in dem jugoslawischen Zerfallsprozess gemacht haben, nämlich sich auf eine Seite zu stellen, die immer antiserbisch war, das haben sie dann mit diesem Jugoslawien-Tribunal juristisch untermauert.“

Hartmann stellte fest: „Man kann einfach jedes Operettentribunal hier im Hinterzimmer einer Gaststätte gründen. Hauptsache ist, man platziert es in Den Haag und schon profitiert es vom Nimbus dieser Stadt, weil dort eine Reihe von internationalen legalen Gerichten tätig sind.“

Das Sondertribunal zu Jugoslawien sei ein „illegales Gericht“, weil es vom UN-Sicherheitsrat einberufen wurde. Das dürfe dieses Gremium laut UN-Charta aber überhaupt nicht, stellte Hartmann klar.

Nur die UN-Vollversammlung könne internationale Gerichte in Kraft setzen und begründen. Mit dem Sondertribunal seien grundlegende rechtliche Grundsätze verletzt worden, auch durch sein einseitiges Vorgehen gegen die serbische Seite. Die Nato sei nicht nur Auftraggeber, sondern auch Nutznießer. Zudem dürften UN-Gremien nicht privat finanziert werden, was in diesem Fall aber geschehen sei. Auch die „Open Society Foundation“ von George Soros und die Rockefeller-Stiftung hätten dabei mitgemacht, erinnerte Hofbauer. Es sei die Frage, wie solche Quellen, die die Teilung Jugoslawiens unterstützten, solch ein Tribunal mitfinanzieren können. Diese „Schiefelage dokumentieren die Prozesse“, so der Journalist.

Für Hartman schreibt das Urteil gegen Mladic „Unrechts-Geschichte“, mit dem „die Kolonialgerichtsbarkeit der Nato über ungehorsame Staaten zum Vorbereiten ihrer Zerschlagung, Entmachtung und des Regime-Changes bekräftigt und beglaubigt“ werde. „Es ist ein Bruch des Rechts und hat nichts zu tun mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Wer das in diese Reihe stellt, verharmlost des Faschismus in Deutschland“, hob der Freidenker-Vorsitzende hervor.

Tilo Gräser



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31840/61/318406160.jpg>